

Der Traum von der grünen Wirtschaft

Nachhaltigkeit. Damit die EU bis 2050 klimaneutral wird, braucht es eine Transformation der Wirtschaft. Dem Finanzmarkt kommt dabei eine wesentliche Rolle zu.

VON DEN VIERTEN KLASSEN DER
HANDELSAKADEMIE FELDKIRCH IM
SEMINAR „FINANZ- UND
RISIKOMANAGEMENT“

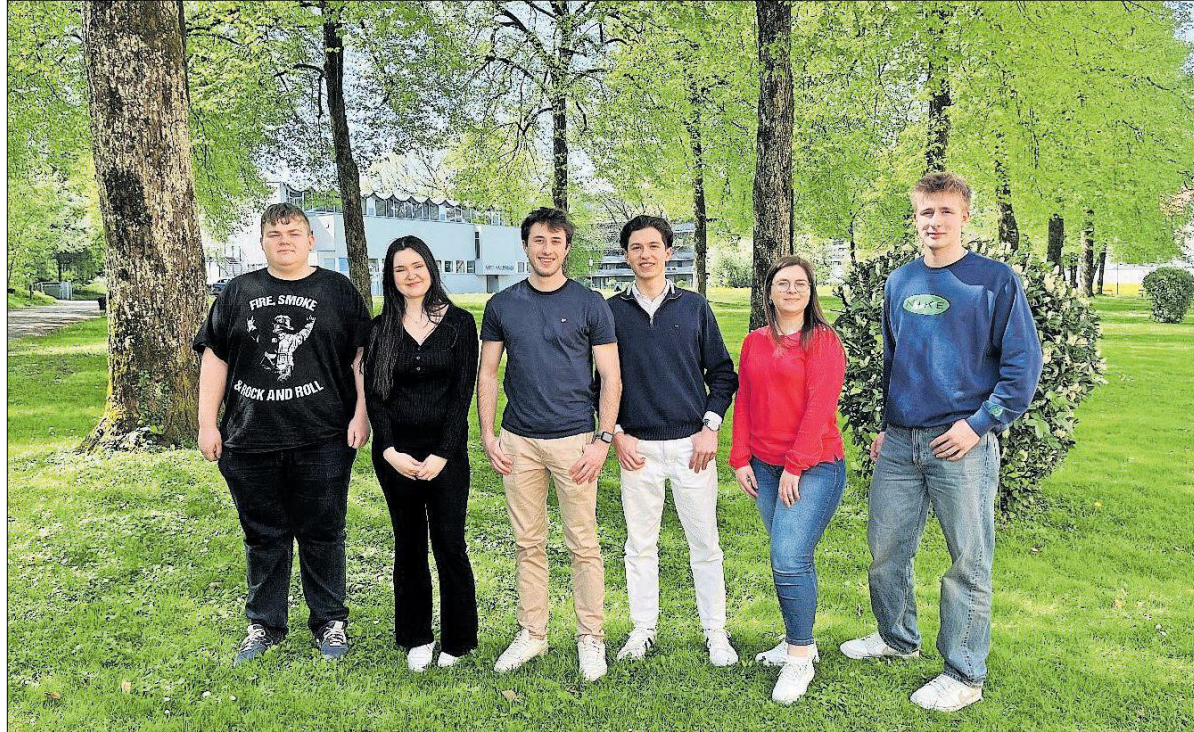
Die Europäische Union hat sich mit dem „European Green Deal“ im Jahr 2020 das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2050 als erster Kontinent die Klimaneutralität zu erreichen - was bedeutet: Durch menschliche Aktivitäten soll in Summe das Klima nicht mehr beeinflusst werden. Zuerst noch überwiegend begeistert vom Plan, haben die Mitgliedstaaten und ihre Wirtschaftsträger nun wegen teils überfordernder Verordnungen, viel Bürokratie, neuer Nachhaltigkeitspflichten und zusätzlicher Ausgaben mit der Umsetzung zu kämpfen. Betroffen davon ist auch der Finanzsektor.

Zwei wichtige Elemente, die ihn betreffen, bilden dabei die von der EU-Kommission verabschiedete Offenlegungsverordnung und die EU-Taxonomie-Verordnung. Diese Regularien zielen grundsätzlich darauf ab, Transparenz hinsichtlich der nachhaltigen Merkmale von Finanzprodukten zu erreichen und die Nachhaltigkeitsrisiken einzubeziehen. Weiters sollen private Investitionen in nachhaltige Unternehmen gelenkt werden.

Werden mit einem Anlageprodukt nachhaltige Ziele angestrebt oder weist dieses gewisse grüne oder soziale Merkmale auf, muss der Produkthersteller gemäß der Offenlegungsverordnung über diese Ziele und Merkmale genau informieren. Um dabei „ökologische Nachhaltigkeit“ klar zu definieren, wurde die EU-Taxonomie-Verordnung als Klassifizierungssystem in Bezug auf die unternehmerische Tätigkeit geschaffen.

Sechs Umweltziele

Das Regelwerk definiert sechs Umweltziele, wie beispielsweise die Anpassung an den Klimawandel und den Schutz gesunder Ökosysteme. Bei „dunkelgrünen“ Produkten hat der Produkthersteller offenzulegen, zu welchem dieser Ziele ein konkreter Beitrag geleistet und wie dies gewährleistet und gemessen wird. Trotz entsprechender Verordnung herrscht aktuell noch



Wird der Traum von der grünen Wirtschaft bis 2050 Wirklichkeit? Die Schülerinnen und Schüler (v. l. n. r.) Jakob Mayr, Smiljana Peric, Jakob Mutinelli, Samuel Benvenuti, Sofia Petrova, Ben Ludescher im Park in Feldkirch. [Handelsakademie Feldkirch]

Uneinigkeit darüber, wie „grün“ und „nachhaltig“ bestimmte Fonds tatsächlich sind.

Die Nachfrage nach nachhaltigen Finanzprodukten hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen, erklärt Simone Nemeskal, Expertin für das Thema Sustainable Finance beim Bankenverband. Nachhaltigkeit sei für Privatkunden wichtig, jedoch stelle der Umfang der gesetzlich vorgeschriebenen Informationen für nachhaltige Produkte für Kundinnen und Kunden teilweise eine gewisse Herausforderung dar. Miteingeführt ins neue Regelwerk wurde jedenfalls eine Verpflichtung für die Anlageberatung, beim Verlangungsgespräch zu erheben, ob Nachhaltigkeit bei der Veranlagung für die Kundinnen und Kunden eine Rolle spielt. Welche Auswirkungen hat der „Green Deal“ der EU für Geschäftskunden, Unternehmen und Konzerne? Sabina Eder, Direktorin für ESG bei der UniCredit Bank Austria, spricht von einem Paradigmenwechsel mit zwei neu aufkommenden Risiken: physische Risiken aus den Folgen des Klimawandels sowie Transitionsrisiken beim

Übergang zur klimaneutralen Gesellschaft. Denn Banken haben nun bei der Kreditvergabe nicht nur finanzielle, sondern auch Nachhaltigkeitsrisiken zu beachten. Bei großen multinationalen Unternehmen werden seit 2024 bei der Kreditvergabe bereits Nachhaltigkeitsaspekte hinterfragt und beurteilt, kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) werden folgen.

Ein Datendilemma

Börsennotierte und große Unternehmen müssen per Gesetz nun auch ihren Finanzbericht mit einem gleichwertigen Nachhaltigkeitsbericht über das Geschäftsjahr erweitern. Das sehen die neuen Regelungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung vor. Für viele Unternehmen stellt die zusätzliche Berichterstattung dabei eine Herausforderung dar. Der Regulator wie auch die Banken sind sich des Datendilemmas in der Übergangphase bewusst. Wichtig ist, so Eder, dass man als Unternehmen frühzeitig mit der Erfassung von Nachhaltigkeitsdaten wie dem Energie- und Wasserverbrauch oder dem Abfallmanagement beginnt. Für Unter-

nehmen seien „gut nachweisbare Daten“ sicher ein Wettbewerbsvorteil. Der Grundstein für eine nachhaltige Zukunft werde jetzt gelegt, davon ist die Expertin überzeugt. Der EU sei es jedenfalls gut gelungen, den Banken eine bedeutende Lenkungsfunktion mitzugeben. Gleichwohl muss die Attraktivität für nachhaltige Investitionen weiter steigen.

Denkbare Ansätze sind eine Senkung oder Aussetzung der Kapitalertragssteuer (KESt) auf Gewinne aus nachhaltigen Finanzprodukten und Kostenanreize für Kredite mit nachhaltigem Verwendungszweck. Außerdem wird erwogen, nachhaltige Investitionen von Unternehmen zu fördern und zu erleichtern oder konventionelle Kredite zu erschweren. Die einzelnen Branchen sollten nun beim Übergang unterstützt werden, auch die Politik sei dabei gefordert, sagt Nemeskal. Fatal wäre es jedenfalls, die Gesetze „rückgängig zu machen oder zu sehr aufzuweichen“, betont Sabina Eder. Nemeskal bringt es auf den Punkt: „Die Nachhaltigkeit ist gekommen, um zu bleiben.“ Entscheidend ist es, als Gesellschaft

die Chancen der grünen Wirtschaft zu erkennen. Unerlässlich ist es auch, die Bevölkerung für die Thematik zu sensibilisieren und grundlegende Finanzbildung zu fördern. Es gilt zu verstehen, dass die nötigen Umstellungen und grüne Investitionen über die Jahre ihre Wirkung zeigen werden und Österreich wie auch der EU einen entscheidenden Vorteil im globalen Wettbewerb verschaffen können. So könnte der Traum von der grünen Wirtschaft bis 2050 Wirklichkeit werden.

AUF EINEN BLICK

Am Projekt „Jugend – Zeitung – Wirtschaft“ der „Presse“ nehmen teil:

Vienna Business School Akademiestraße,
Schulen des BFI Wien,
Vienna Business School HAK III,
Vienna Business School Hamerlingplatz,
BHAK und BHAS Wien 10,
Maygasse Business Academy Wien,
HLTW 13 Wien,
BHAK/BHAS Hollabrunn (2 Klassen),
BHAK/HAS Mistelbach,
VBS Mödling,
HAK/HAS Krems (2 Klassen),
BHAK Horn (2 Klassen),
Schulzentrum Gmünd,
BHAK/BHAS Linz,
HTBLA Wels (2 Klassen),
BHAK/BHAS Gmunden,
BHAK & BHAS Oberndorf (2 Klassen),
Tourismusschule Bad Hofgastein,
Handelsakademie Landeck,
BHAK und BHAS Feldkirch (2 Klassen),
Bezauer Wirtschaftsschulen
Projektpartner:
Bankenverband, ÖBB, Sanofi,
Verband, Wiener Städtische Versicherung
Pädagogische Betreuung:
IZOP-Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren, Aachen
Ansprechpartner:
Titus Horstschäfer

In jungen Jahren ans Alter denken

Vorsorge. Gut beraten ist, wer schon früh beginnt, sich gegen Armut im Ruhestand abzusichern.

VON SCHÜLERINNEN UND
SCHÜLERN DER HAK GMÜNDE

Da in den kommenden Jahren sehr viele Babyboomer in den Ruhestand gehen, könnte der Generationenvertrag, der jahrzehntlang funktioniert hat, nicht mehr wie bisher greifen.

Junge Menschen gehen heute davon aus, dass sie lang arbeiten müssen, dass das Pensionsalter möglicherweise auf 70 Jahre steigt und sie deshalb gut beraten sind, zusätzlich privat finanziell vorzusorgen, um später im Ruhestand ein ausreichend hohes Einkommen zu haben. Manfred Bartalszky, Vorstand der Wiener Städtischen Versicherung, betont jedoch, dass die Situation wohl nicht ganz so dramatisch sei. Er empfiehlt aber, eventuell etwas weniger zu konsumieren und einen Teil seines Geldes schon in jungen Jahren in die private Vorsorge zu investieren. „Auswärts zu

essen ist teuer und einer der Inflationstreiber. Offen gesagt: Das kann man selbst steuern, ob man dreimal oder einmal in der Woche essen geht“, so der Versicherungsexperte. Vorzusorgen sei sicherlich mit einem gewissen Konsumverzicht verbunden, dieser helfe aber, für das Alter entsprechende finanzielle Reserven aufzubauen.

Der Zinseszineffekt

Je nach Lebensphase variiert das Einkommen, mit welchem es auszukommen gilt. Als junger Mensch wartet man oft schon sehnsüchtig auf das Geld am Konto, um sich einen lang gehegten Wunsch zu erfüllen und zum Beispiel einfach mal die Welt zu bereisen. Bartalszky betont, dass gerade in jungen Jahren der Fokus auf die Vorsorge nicht verlorengehen sollte. Anfangs gehe es weniger um die Höhe des Vorsorgebetrages, sondern vielmehr um die Laufzeit - Stichwort: Zinseszineffekt. Sobald das Einkommen



steigt, ist es wichtig, auch die Beträge für die Vorsorge anzupassen. Er empfiehlt, im Schnitt rund 15 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens für die finanzielle Vorsorge und Risikoabsicherung wegzulegen. Bei 2000 Euro netto wären das 300 Euro.

Traditionelle Rollenbilder sollten aufgebrochen werden. Dazu braucht es noch viel mehr Unterstützung seitens der Politik, der Gesellschaft, aber auch der Unternehmen - angefangen bei den Öff-

nungszeiten von Einrichtungen für die Kinderbetreuung, die der Lebenswirklichkeit angepasst werden müssen, über eine finanzielle Gleichstellung bei Gehältern von Mann und Frau bis hin zu erweiterten Karenzzeiten für Väter. Denn speziell Frauen unterliegen in unserer Gesellschaft einem erhöhten Risiko der Altersarmut. Lange Lebenserwartung sowie ein hoher Anteil an Teilzeitbeschäftigungen und damit niedrigere Pensionsbeiträge - bedingt durch Kinderbetreuungszeiten und Care-Arbeit - haben weitreichende Folgen und sind der Grund für die oft schlechte finanzielle Situation von Frauen im Alter.

So früh wie möglich mit der Vorsorge zu beginnen, um später davon zu profitieren, sei das Credo. Kleine Beträge haben bei langen Laufzeiten auch Gewicht, betont der Versicherungsexperte. Er geht so weit, Eltern und Großeltern in Beratungsgesprächen vorzuschlagen, schon ganz früh für ihre Kinder

und Enkel mit einer privaten Altersvorsorge zu starten. Denn: Wenn schon im Kindes- oder Jugendalter mit einer Veranlagung begonnen werde, sei die Einstiegshürde, mit einer Vorsorge zu starten, später nicht mehr gegeben. Je früher gestartet wird, desto ertragreicher ist die Vorsorge.

In erster Linie gilt es, sich gut beraten zu lassen und auf eine flexible Vorsorge zu setzen, die auf die jeweilige Lebenssituation abgestimmt werden kann. Ein bewährtes Anlageprodukt feiert hier sein Comeback: die Lebensversicherung.

INFORMATION

Die Seite „Jugend – Zeitung – Wirtschaft“ beruht auf einer Medienkooperation der „Presse“ mit dem IZOP-Institut. Finanziert wird sie von fünf Sponsoren.